

Elegante Tricks

LOBBYISMUS: Großspenden an Parteien sind längst nicht mehr die einzige Spielart politischer Landschaftspflege.



Leutheusser-Schnarrenberger

THOMAS IMHO / PHOTOTHEK.NET / DER SPIEGEL

JUSTIZMINISTERIUM

Freundschaftsdienst

Der Personalrat des Bundesjustizministeriums wirft Behördenchefin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) einen Verstoß gegen das Grundgesetz vor. Hintergrund der harschen Kritik ist ein geplanter Ausbau der Leitungsebene der Behörde: Die Ministerin will eine Stabsstelle „Justizaußenpolitik“ einrichten und die Führung an ihren Vertrauten Klaus Meyer-Cabri van Amelrode vergeben – ohne Ausschreibung. Der Personalrat kritisiert in einem internen Schreiben: „Die grundsätzliche Rechtspflicht zur Ausschreibung einer Stelle entspringt unmittelbar Artikel 33 Absatz 2 des Grundgesetzes.“

Im Ministerium gilt es als offenes Geheimnis, dass es mehrere geeignete Kandidaten gibt. Bereits Ende vergangenen Jahres hatte Leutheusser-Schnarrenberger Mitglieder des FDP-Freundeskreises auf gutdotierte Posten befördert (SPIEGEL 49/2012). Auch die geplante Vergütung der neuen Leitungsfunktion (mehr als 8600 Euro pro Monat) könnte ein Indiz für einen neuerlichen Freundschaftsdienst sein. Um das üppige Gehalt zu rechtfertigen, muss die neue Einheit als Unterabteilung organisiert sein. Dazu könnten der Stabsstelle auch Mitarbeiter der Ständigen Vertretung in Brüssel zugeordnet werden, die sich mit Justizpolitik beschäftigen – obwohl diese formal dem Auswärtigen Amt unterstehen.

So sensibel und zurückhaltend haben sich deutsche Unternehmen lange nicht gezeigt: Die Summe der Großspenden an Parteien ging 2012 drastisch zurück, Schatzmeister von der CDU bis zur SPD bekamen einen ungewöhnlichen Liebesentzug der ihnen nahestehenden Verbände und Industrien zu spüren. Diesen Eindruck vermittelt zumindest die gerade vom Bundestag veröffentlichte Großspenden-Bilanz. Politik und Wirtschaft, so könnte es scheinen, haben endlich aus den Spendenaffären der vergangenen Jahre gelernt – man geht auf Distanz, jeder Anschein von Käuflichkeit soll vermieden werden.

Eine andere Erklärung ist dagegen so simpel wie profan: Meldepflichtige Großspenden sind nur noch bedingt geeignet, die Gunst der Politik zu erlangen. Längst hat die Wirtschaft effizientere – und undurchsichtigere – Mittel gefunden.

Zu den einfachsten Tricks der Firmen und Verbände gehört das Stückeln in kleinere Beträge, die erst mit großer zeitlicher Verzögerung publik werden. Ein eleganterer Weg, Geldflüsse zu kaschieren, besteht darin, Immobilien oder Firmenbetei-

ligungen aus Parteibesitz zu erwerben. In solchen Fällen werden gern eindrucksvolle Preise gezahlt. Vorteil: Im Rechenschaftsbericht der Partei taucht der Name des Geschäftspartners nicht auf. Teuer bezahlte Anzeigen in Parteizeitungen gehören ebenso zum Instrumentenkasten wie kostspielige Kampagnen in der Tagespresse, die das Anliegen einer Partei befördern („Der nächste Kanzler muss ein Niedersachse sein“).

Einiger Beliebtheit erfreuen sich weiterhin großzügige Vortragshonore an Politiker. Auch das Sponsoring auf Parteitag

ist noch nicht verschwunden, lediglich bezahlte Treffen mit Amtsträgern („Rent a Rüttgers“) sorgen für schlechte Presse.

Besonders kreativ wirkt schließlich das Preisausschreiben einer Frankfurter

Stiftung, die einst ein liberales Steuermodell prämierte. Als Gewinner durfte die FDP 40 000 Euro verbuchen.

In der Grauzone zwischen Wirtschaft und Politik bleibt also vieles möglich – nur die Großspende alten Stils, mit der Industrielle einst die politische Landschaft pflegten, scheint aus der Mode zu kommen.

Großspenden über 50 000 €, 2012: **1,31 Mio. €** – 36% im Vergleich zum Vorjahr



WOLFGANG KUMM / DPA